

AWO-POSITION ZUM FRAUENSCHUTZ IN SACHSEN-ANHALT



Frauenschutz
Null Toleranz gegenüber
Gewalt an Frauen



Was sehen wir?

Deutschland ist am 12.10.2017 dem "Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt" (Istanbul-Konvention) beigetreten. Im Februar 2018 ist damit das rechtlich bindende Menschenrechtsinstrument in Deutschland in Kraft getreten. Damit steht der Staat in der klaren Verpflichtung.

Seit ihrer Gründung kämpft die AWO für eine geschlechtergerechte Gesellschaft mit ihren Forderungen nach einem selbstbestimmten, gewaltfreien und ökonomisch abgesicherten Leben für alle Frauen. Basierend auf Solidarität mit Frauen in allen Lebenslagen engagiert sich die AWO in vielen Bereichen für Geschlechtergerechtigkeit. In Sachsen-Anhalt begleiten wir Frauen mit ihren Kindern in Fachberatungsstellen gegen Menschenhandel und Zwangsverheiratung/ehrbezogene Gewalt, in der aufsuchenden Arbeit für Sexarbeiter*innen, Frauen- und Kinderschutzhäusern, Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt und Stalking -kurz gesagt, wir schützen Leben und geben an der Seite der Frauen Kraft für die Entwicklung von Lebensperspektiven.

Die Opferzahlen bleiben jedoch alarmierend:

Laut einer Statistik des Bundeskriminalamts aus dem Jahr 2018 wurden in Deutschland Frauen* Opfer von Partnerschaftsgewalt (versuchte und vollendete Delikte):

- von vorsätzlicher einfacher Körperverletzung: 68.482
- von Bedrohung, Stalking, Nötigung: 28.657
- von gefährlicher Körperverletzung: 12.093
- von sexuellen Übergriffen, sexueller Nötigung, Vergewaltigung: 3.086
- von Freiheitsberaubung: 1.612
- von Mord und Totschlag: 324 (einschließlich versuchter Tötungsdelikte)
- insgesamt starben 122 Frauen

D.h. an jedem dritten Tag in 2018 wurde in Deutschland eine Frau* von ihrem Partner ermordet. Aussagekräftige Zahlen für Sachsen-Anhalt gehen aus der Auswertung nicht hervor. Allein in den Frauen- und Kinderschutzhäusern suchten in Sachsen-Anhalt ca. 700 Frauen Schutz und Unterstützung.

Gewalt an Frauen hat vielschichtige Gründe, gesellschaftliche Rollenbilder und Machtverhältnisse, Erleben von Gewalterfahrungen in der eigenen Biographie, die individuelle Entscheidung für oder gegen die Anwendung von Gewalt, Diskriminierung, Ungleichheiten im politischen und ökonomischen System, im Bewusstsein und Verhalten. Aus diesem Grund müssen Gegenmaßnahmen in den verschiedenen Zusammenhängen ganzheitlich und vielschichtig politisch gesteuert werden.

In Sachsen-Anhalt gibt es ein landesweites Hilfsnetzwerk bestehend aus Frauen- und Kinderschutzhäusern, Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt und Stalking, Fachberatungsstellen, Frauenberatungsstellen, Pro Mann, Frauenzentren, Beratungsstellen für Betroffene sexualisierter Gewalt. Sie alle sind vernetzt im landesweiten Netzwerk für ein Leben ohne Gewalt.

Dennoch lässt sich aus Betroffenen­sicht feststellen:

- Hilfsangebote sind insbesondere im ländlichen Raum nicht flächendeckend, kostenfrei, niedrigschwellig und barrierefrei zugänglich (u.a. Sprachbarrieren, lange Wartezeiten, lange Anfahrtswege, keine wohnortnahe Unterbringung der Frauen (einschließlich mitbetroffener Kinder) möglich, fehlende Hilfen aus einer Hand bei zunehmend komplexeren Problemlagen).
- Es gibt keine Angebote für von häuslicher Gewalt mitbetroffene Kinder außerhalb der Frauen- und Kinderschutzhäuser.
- Ressourcen für die ganzheitliche Begleitung der Frauen (Dolmetscher*innen, Rechtsberatungskosten, Reisekosten, zeitliche und personelle Ressourcen für die Koordination des Hilfeprozesses und intensive Begleitung von Betroffenen von komplexeren Problemlagenbegleitung) fehlen.
- Es fehlt an zielgruppenspezifischen und niedrigschwelligen Informationen und Präventionsangeboten sowie an Kenntnissen über bereits bestehende Hilfsstrukturen und Unterstützungsmöglichkeiten.
- Das Thema Gewalt an Frauen wird noch immer als „Privatangelegenheit“ verstanden und tabuisiert.
- Es fehlt an nachhaltigen Präventionsangeboten (Auseinandersetzung mit Rollenbildern, Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern, Selbstbestimmung und Grenzsetzung)

Wo wollen wir hin?

Von Gewalt betroffene Frauen brauchen (mit ihren Kindern) flächendeckend einen niedrigschwelligen Zugang zum Hilfesystem. Die verschiedenen Hilfen sollen für die betroffenen Frauen als aus einer Hand erlebbar und verlässlich sein.

Den Ursachen für Gewalt an Frauen muss vielschichtig begegnet werden- sowohl auf gesellschaftlicher, struktureller und individueller Ebene.

Welche Lösungsansätze gibt es?

Zur nachhaltigen Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt im Land Sachsen-Anhalt braucht es:

Landes-Gesamtstrategie gegen Gewalt an Frauen

- Entwicklung einer langfristigen ganzheitlichen Gesamtstrategie gegen Gewalt an Frauen in Sachsen-Anhalt
- konsequente und zeitnahe Umsetzung der Istanbul-Konvention im Land Sachsen-Anhalt; dazu die Einrichtung einer unabhängigen Monitoring- und Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Land; Vernetzung von staatlichen und nichtstaatlichen Akteur*innen/Professionen
- Interministerieller Runder Tisch Gewalt gegen Frauen zur besseren Vernetzung beteiligter Akteur*innen

Finanzierungs- und Ressourcensicherheit für ein flächendeckendes, modernes Hilfesystem

- flächendeckende, sich neuen Herausforderungen anpassende und nachhaltige Ausstattung des Hilfesystems im Land Sachsen-Anhalt mit ausreichenden personellen Ressourcen
- langfristige Finanzierungssicherheit für das Hilfesystem schaffen, weg von der jährlichen Zuwendungspraxis hin zu einer dynamisierten Finanzierungssystematik, die Tarifbindungen absichert
- Entwicklung von landesweit einheitlichen Qualitätsstandards in Beratung, Begleitung und geschützter Unterbringung

- auf Basis sich verstärkender multipler Problemlagen Verfolgung des Ansatzes multiprofessioneller Teams - vor allem mit Blick auf die mitbetroffenen Kinder (Kinderschutzfachkräfte; Psycholog*innen; medizinisches Personal), Verstärkung des Ansatzes „Hilfe aus einer Hand“
- Ausbau der spezialisierten Fachberatungen im ländlichen Raum (z.B. Außenstellen, mobile Arbeit etc.)
- Fachberatung für mitbetroffene Kinder häuslicher Gewalt
- Ausbau mobiler und digitaler Beratungs- und Begleitungsformate

Leichte Zugänge

- Gewährleistungen von Zugangsmöglichkeiten zu Beratung und Unterbringung unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus, Religion, Einkommen und individueller Problemlage
- Gewährleistung barrierefreier Zugänge zu Schutz und Beratung
- Möglichkeit zum Thema geschulte Dolmetscher*innen/Sprachmittler*innen hinzu zu ziehen

Mehr Opferschutz

- Einrichtung eines Operativen Opferschutzes im Land Sachsen-Anhalt; dazu Entwicklung eines landesweit einheitlichen Managements von Hoch-Risiko-Fällen im Bereich häusliche Gewalt, Stalking, Frauenhandel und Zwangsverheiratung/ehrbezogene Gewalt
- Einrichtung von Unterbringungsmöglichkeiten von hochgefährdeten Betroffenen

Qualifizierung und Vernetzung

- kontinuierliche Qualifizierung und Vernetzung von beteiligten Akteur*innen (Ministerien, Polizei, Staatsanwaltschaft, (Familien-)Gerichte, Ausländerbehörde, Bundesamt für Flüchtlinge und Migration, Mitarbeiterinnen in Beratungsstellen etc.)
- Qualifizierungsangebote für Dolmetscher*innen und Sprachmittler*innen zum Thema Gewalt im sozialen Nahraum; Entwicklung eines entsprechenden Konzeptes und Leitfadens in enger Zusammenarbeit mit Fachpraxis und Dolmetscher*innen

Öffentlichkeit

- Flächendeckende und niedrigschwellig zugängliche Informations- und Öffentlichkeitsarbeitskampagnen zum Thema Gewalt im sozialen Nahraum (z.B. Enttabuisierung) sowie den Zugangswegen in das Hilfesystem
- öffentliche gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Ursachen von Gewalt an Frauen

Präventionsangebote

- Entwicklung von angepassten Lernmitteln zu Themen wie der Gleichstellung von Frauen und Männern, der Aufhebung von Rollenzuweisungen, geschlechtsspezifische
- Gewalt gegen Frauen, dazu u.a. Aufnahme in die offiziellen Lehrpläne auf allen Ebenen des Bildungssystems
- Entwicklung und Ausgabe adäquater pädagogischer Materialien zur Prävention für Kinder, Eltern, pädagogischem- und Verwaltungspersonal. Für diese Art der Prävention sollte ausreichend Personal in den Fachberatungsstellen vorgehalten werden.

Programme zur Täter*innenarbeit

Schau hin. Pack an! Für soziale Gerechtigkeit

Eine Kampagne der AWO in Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt ist ein Land, in dem es sich zu leben lohnt. Ob in Magdeburg, in der Altmark, im Harz oder im Burgenlandkreis – alle Regionen haben ihre besondere Attraktivität. Damit unser Bundesland auch in Zukunft lebens- und liebenswert bleibt, müssen wir schon heute dafür sorgen, dass alle Menschen in Sachsen-Anhalt die Chance auf gleich gute Lebensverhältnisse haben. Dafür müssen wir handeln!

Um die gesellschaftspolitische Entwicklung in Sachsen-Anhalt aktiv mitzugestalten, erheben wir deshalb im Superwahljahr 2021 unsere Stimme. Mit der Kampagne „Schau hin. Pack an! Für soziale Gerechtigkeit“ richten wir unseren Appell an Politiker*innen, sich mit den verschiedenen – teils existenziellen – Bedürfnissen der Menschen in Sachsen-Anhalt auseinanderzusetzen und diesen durch politische Weichenstellungen zu begegnen. Wir richten unseren Appell ebenso an die Bürger*innen. Wählen ist ein wichtiges Recht zur Mitbestimmung - jede*r Einzelne kann mit seiner/ihrer Stimme Verantwortung für die Zukunft in unserem Land übernehmen – und damit dazu beitragen, dass Sachsen-Anhalt lebens- und liebenswert bleibt.

Also: Schau hin. Pack an!

Redaktion

AWO AG Frauenschutz

Dr. Gaby Hayne, AWO RV Halle-Merseburg e.V.

Ulrike Pilz, AWO RV Halle-Merseburg e.V.

Corinna Reinecke, AWO KV Wittenberg e.V.

Steffi Schünemann, AWO LV Sachsen-Anhalt e.V.

Yvonne Joachim, AWO LV Sachsen-Anhalt e.V.

Jana Paulsen, AWO SPI GmbH

Redaktionsstand März 2021

Kontakt:

schauhinpackan@awo-sachsenanhalt.de